

»Das Bottwartal den Bottwartälern«

Bemerkungen zu lokalen Aspekten in der Diskussion um die Kreisreform von 1973*

von Thomas Schulz

Vor 40 Jahren, am 1. Januar 1973, traten in Baden-Württemberg an die Stelle von ehemals 63 Landkreisen 35 neue Landkreise. Nur drei der alten Landkreise – die Kreise Emmendingen, Göppingen und Heidenheim – blieben nahezu unverändert. Diese Kreisreform war jahrelang das landespolitische Thema Nummer eins. Sie stieß vielerorts auf strikte Ablehnung und konnte folglich nur gegen erhebliche Widerstände realisiert werden. Für den Raum des heutigen Landkreises Ludwigsburg bedeutete die Kreisreform die Auflösung der Kreise Vaihingen, Leonberg und Backnang, Aufteilung ihrer Gebiete und Vergrößerung des Kreises Ludwigsburg um einige dieser Teile sowie um einen kleinen Teil des Landkreises Heilbronn. Dabei hat der Landkreis Ludwigsburg einen Zuwachs von 29 Städten und Gemeinden mit insgesamt 97 000 Einwohnern erhalten.

Die Vorgeschichte der Kreisreform sowie der erfolglose und eigentlich von Anfang an aussichtslose Kampf der Kreise Leonberg und Vaihingen um ihren Erhalt sind in den Ludwigsburger Geschichtsblättern (Band 56/2002) bereits ausführlich dargestellt worden. Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher ausschließlich darauf, die Diskussionen, Überlegungen und Ergebnisse der Kreisreform im Nordosten und Osten des heutigen Landkreises Ludwigsburg vorzustellen.

Rielingshausen und Affalterbach

Wenden wir uns zunächst dem östlichen Teil des heutigen Landkreises Ludwigsburg zu. Dort sind vom Altkreis Backnang die Gemeinden Affalterbach und Rielingshausen zu Ludwigsburg gekommen. Im Falle von Rielingshausen war hierfür jedoch streng genommen nicht die Kreisreform verantwortlich, sondern der Ende der 1960er Jahre gestartete Prozess der Gemeindereformen. Denn die Umkreisung von Rielingshausen geschah schon zum 1. Juli 1972 durch Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Marbach.

Um 1970 hatten die Rielingshäuser jedoch durchaus noch gehofft, ihre Selbständigkeit bewahren zu können – und sie sahen ihre Zukunft eindeutig im Kreis Ludwigsburg. Auch im Denkmodell der Landesregierung zur Kreisreform, das Innenminister Walter Krause Anfang Dezember 1969 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, war dies so vorgesehen. Als Ende Februar 1970 das Landratsamt Backnang alternative Überlegungen vorlegte, die den Zusammenschluss von Rielingshausen mit Kirchberg an der Murr und die Zuordnung zum neuen Kreis Waiblingen-Backnang vorsahen, stieß

* Gekürzte Fassung des am 10. Oktober 2013 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

dies in Rielingshausen sofort auf einhellige Ablehnung. Das Bürgermeisteramt verwies zum Beispiel darauf, dass schon jetzt über 60 Prozent der Auspendler im Landkreis Ludwigsburg beschäftigt seien, hingegen lediglich acht Prozent in Backnang. Auch was die weiterführenden Schulen und das Krankenhaus betreffe, sei man eher nach Marbach bzw. Ludwigsburg orientiert als nach Backnang. Noch weniger Kontakte gäbe es nach Waiblingen.

Bürgermeister Reinhold Kreßmann und die Gemeinderäte wussten sich in der Ablehnung der Backnanger Pläne einig mit der großen Mehrheit der Bürgerschaft. Am 22. März hatte eine Bürgerversammlung klar für Ludwigsburg votiert. Von den rund 200 anwesenden Bürgern hatte sich – wie Bürgermeister Kreßmann an das Innenministerium berichtete – »nur eine Hausfrau gegen einen Anschluss an den Kreis Ludwigsburg ausgesprochen«. Und diese Gegenstimme sei »wahrscheinlich in Verkennung der zur Debatte gestellten Probleme« abgegeben worden. Kurzum: Der Bürgerwille sei eindeutig, Rielingshausen bitte daher um Zuteilung zum Kreis Ludwigsburg. »Damit wäre«, so schloss Bürgermeister Kreßmann etwas pathetisch sein Schreiben, »in wirklich demokratischer Weise den Interessen der Bevölkerung Rechnung getragen und hätte unsere Demokratie eine neue Bewährungsprobe bestanden«.

Die Enttäuschung war daher riesengroß, als Mitte Oktober Innenminister Krause den ersten Gesetzentwurf zur Kreisreform vorlegte. Denn darin war jetzt die Zuordnung von Rielingshausen zum neuen Kreis Waiblingen vorgesehen. Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 26. Oktober 1970 ist hierzu festgehalten: »Die einzelnen Gemeinderatsmitglieder reagierten teilweise mit Empörung auf diese unverständliche Änderung gegenüber dem Denkmodell der Landesregierung. Es wird darauf hingewiesen, dass doch auch die staatlichen Stellen das Wohl ihrer Bürger nicht ganz außer Acht lassen sollten. Eine vernünftige Lösung für die Gemeinde Rielingshausen kann nur in einer Zuteilung zum Kreis Ludwigsburg liegen.«

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gewannen Pläne plötzlich an Attraktivität, die auf ein Ende der Selbständigkeit der Gemeinde Rielingshausen hinausliefen. Neben Marbach hatte auch die Stadt Steinheim ein Eingemeindungsangebot gemacht. Am 17. Februar 1972 wurden in einer Bürgerversammlung beide Alternativen erläutert und drei Tage später stimmten bei einer Bürgerbefragung 447 Personen für Marbach und 221 Personen für Steinheim.

Die im Jahr 1970 knapp über 3000 Einwohner zählende Gemeinde Affalterbach konnte hingegen ihre Selbständigkeit auch im Kreis Ludwigsburg behaupten. Eine Grundvoraussetzung hierfür war ihr relativ starkes Wachstum in den 60er Jahren gewesen, im Wesentlichen bedingt durch den Bau der Gartensiedlung Birkhau.

Dass Affalterbach im Zuge der Kreisreform zum Kreis Ludwigsburg kommen sollte, war von Anfang an klar. Dies wurde dort auch grundsätzlich begrüßt, da die historischen und aktuellen Verbindungen deutlich mehr nach Marbach und Ludwigsburg als nach Backnang zeigten. Dennoch gab es Vorbehalte. Weniger, weil sich Ludwigsburg, wie es im Gemeinderatsprotokoll vom 27. Oktober 1970 heißt, »manche Sympathien in Affalterbach verscherzt« hatte. Dies war ein Hinweis auf den Bau der Mülldeponie am Lemberg, wegen der es zu Differenzen zwischen der Gemeinde und dem Kreis Ludwigsburg gekommen war. Vorbehalte gab es vielmehr vor allem deshalb, weil man die Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg nur dann als wirklich sinnvoll erachtete, wenn gleichzeitig auch die Nachbargemeinden Rielingshausen, Kirchberg und Kleinaspach zu Ludwigsburg kämen. Denn sonst sei die Gemeindegrenze im

Norden, Osten und Süden zugleich Kreisgrenze und dadurch würde Affalterbach noch mehr in die Rolle einer Randgemeinde abgedrängt, als dies bisher schon der Fall gewesen war. Wenn schon eine Kreisreform durchgeführt werde, dann sollte diese auch zu einer echten Grenzberichtigung führen.

Im April 1971 sprach sich eine Bürgerversammlung bei nur drei Gegenstimmen für die Zugehörigkeit zum Landkreis Ludwigsburg aus. Das Ziel von Bürgermeister Herbert Müller und seinen Gemeinderäten, dass die westlichen Gemeinden des Landkreises Backnang als Einheit behandelt werden sollten, ließ sich jedoch nicht verwirklichen: Kleinaspach und Kirchberg wurden dem Rems-Murr-Kreis zugeordnet.

Kleinaspach und Kirchberg

Zumindest bei Kleinaspach geschah die Zuordnung zum Rems-Murr-Kreis gegen den erklärten Bürgerwillen. Bei einer Versammlung Anfang Oktober 1970 hatten sich 130 von 135 Bürgern für den Landkreis Ludwigsburg ausgesprochen – und zwar für den Fall, dass der Kreis Backnang aufgelöst und der Sitz der Kreisverwaltung nach Waiblingen verlegt würde. Auch Bürgermeister und Gemeinderat führten verschiedene Gründe an, die eindeutig für Ludwigsburg sprachen. Man verwies auf die historischen Beziehungen zu Großbottwar und ins alte Oberamt Marbach, aber auch darauf, dass der Bevölkerungszuwachs der letzten vier Jahre von 1200 Einwohnern auf über 1500 Einwohner zu 80 Prozent durch Bautätigkeit und Zuzug von Personen aus den Räumen Ludwigsburg, Bietigheim und Kornwestheim bedingt sei. Wegen der relativ niedrigen Baulandpreise und der bereits zahlreich vorliegenden Bauplatzgesuche könne man damit rechnen, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen werde. Auch als Naherholungsgebiet habe Kleinaspach für Ludwigsburg weitaus größere Bedeutung als für Waiblingen. Die sonntäglichen Ausflüglerströme mit LB-Kennzeichen würden zu Genüge belegen, für welche Räume Kleinaspach Naherholungsfunktionen hat und woher eine eventuelle Förderung in dieser Richtung erwartet werden könne.

Um die Zuordnung zum Landkreis Ludwigsburg zu erreichen, war man wie in Rielingshausen auch in Kleinaspach bereit, die kommunale Selbständigkeit aufzugeben. Im Herbst 1970 wurden intensive Verhandlungen über eine Eingemeindung nach Großbottwar geführt, und Anfang November 1970 gab es in beiden Gemeinderäten eine große Mehrheit für einen Zusammenschluss. Letztlich ist es dann aber doch anders gekommen und wurde Kleinaspach am 1. Februar 1972 ein Teil der neuen Gemeinde Aspach.

Nicht ganz so eindeutig wie in Kleinaspach war die Bürgermeinung in Kirchberg. Allerdings war man sich auch dort zunächst weitgehend einig in der Ablehnung der Pläne der Landesregierung. Man forderte den Erhalt des Landkreises Backnang. Sollte dies nicht erreicht werden können, wollte man lieber zu Ludwigsburg und auf keinen Fall zu Waiblingen. So ist in einem Bericht der »Stuttgarter Zeitung« über eine Bürgerversammlung Mitte Oktober 1970 zu lesen: »Selbst bei wertfreien Aussagen über Waiblingen erhebt sich lautstarker Protest. Waiblingen, in welchem Zusammenhang auch immer, wirkt auf Kirchbergs Bürger wie ein rotes Tuch: Sie reagieren gereizt und sind bereit, auf die Barrikaden zu gehen. Namen wie Ludwigsburg und Marbach dagegen sind wie Honig auf den Bürgerzungen und werden mit schierem Jubel aufgenommen. Aus dem Nebel der Vergangenheit sehen die Kirchberger die alte

Oberamtsherrlichkeit mit der Schillerstadt heraufdämmern. Selbst die zwar noch hypothetische, aber doch gewichtige Frage, ob Marbach im Zuge einer Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben die Funktionen einer Großen Kreisstadt erfüllen und damit den Kirchbergern weite Wege ersparen könne, schreckt die Versammlung nicht auf – wenn sie nur in den Kreis Ludwigsburg kommen.« Eine spontane Abstimmung ergab 270 Stimmen für Ludwigsburg und nur neun für Waiblingen.

Der Gemeinderat forderte in seiner offiziellen Stellungnahme ebenfalls die Zuordnung zu Ludwigsburg. Als die Regierungskoalition dann im Januar 1971 beschloss, Kirchberg in den Kreis Waiblingen einzugliedern, hagelte es geharnischte Proteste. In einer Resolution an den Landtag, die alle Gemeinderäte und rund 200 Bürger unterzeichnet hatten, zeigte man sich »in höchstem Maß enttäuscht, dass das Votum der Bürgerschaft und die Entschließung des Gemeinderats übergangen« worden sind. Auf fünf Seiten zählte man auf, welche Gründe für Ludwigsburg und gegen Waiblingen sprachen. Unabhängig von allen sachlichen Erwägungen sei es schlicht großes Unrecht, den Bürgern Kirchbergs zu verweigern, was den Gemeinden Affalterbach und Rielingshausen zugebilligt wurde, da in allen drei Gemeinden in etwa die gleichen Verhältnisse gegeben seien. In einem Bürgerentscheid am 7. März sollte nochmals über die Frage der künftigen Kreiszugehörigkeit abgestimmt werden.

Der Backnanger Landtagsabgeordnete Erich Schneider (CDU), im Hauptberuf Bürgermeister der Nachbargemeinde Burgstall und später lange Jahre Landtagspräsident, zeigte Verständnis für den Ärger der Kirchberger. Im Hinblick auf den Bürgerentscheid appellierte er jedoch zugleich an die Bürger, ihre Entscheidung gut zu überlegen. Zwar gäbe es durchaus gute Gründe für Ludwigsburg. Auf der anderen Seite würden jedoch durch eine Eingliederung in den Kreis Ludwigsburg »zweifelloso die vielen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und schulischen Verflechtungen von Kirchberg nach Backnang im Laufe der Zeit verkümmern«. Er habe deshalb einige Zweifel, ob die stürmisch geforderte Zuordnung Kirchbergs nach Ludwigsburg wirklich gut durchdacht sei und auf lange Sicht dem Interesse der Bürgerschaft entspreche.

Backnangs Oberbürgermeister Martin Dietrich stieß ins gleiche Horn. Von der »Backnanger Kreiszeitung« ließ er sich am 20. Februar 1971 wie folgt zitieren: »Das den Kirchbergern die Kreisstadt Waiblingen nicht gefällt, ist verständlich. Sie gefällt uns allen nicht. Die Frage ist nur, ob man mit der Schwenkung nach Ludwigsburg nicht vom Regen in die Traufe kommt.«

Die öffentlich geäußerten Bedenken gegen Ludwigsburg verfehlten nicht ihre Wirkung. Im Vorfeld des Bürgerentscheids etablierte sich neben einem »Bürgerkomitee für Ludwigsburg« auch eine »Aktionsgruppe für Backnang«, und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppierungen beschränkte sich keineswegs auf einen kultivierten Austausch der Argumente. In der »Stuttgarter Zeitung« war hierzu zu lesen: »Was sich in den Tagen und Wochen vor dem Bürgerentscheid in der Ortschaft abspielte, grenzte hart an Meinungsterror. Die beiden feindlichen Parteien mobilisierten alles, was zu einem zünftigen kommunalpolitischen Westentaschenkrimi gehört. Es entbrannte eine wütende Propagandaschlacht mit Flugblättern und Plakaten, die von gegnerischen Rollkommandos bei Nacht und Nebel zerfetzt wurden – und mit verbalen Frontalangriffen in der Lokalpresse und aus Lautsprecherwagen versuchten die Kontrahenten, Andersgläubige auf ihre Seite zu ziehen.«

Nach Einschätzung des eben zitierten Journalisten hatten sich vor allem die Ludwigsburg-Befürworter als »besonders rührige und lautstarke Kämpfer« gezeigt. Ihre Enttäuschung muss daher umso größer gewesen sein, als am Abend des 7. März die Stimmen

ausgezählt waren. Das Ergebnis fiel bei weitem nicht so eindeutig wie erwartet aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent sprachen sich 58,2 Prozent für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg aus, 41,8 Prozent stimmten dagegen. Dies war zwar eine klare Mehrheit für die Pro-Ludwigsburg-Partei, aber keineswegs die erhoffte überwältigende Mehrheit. Aus dem Lager ihrer Gegner war sofort zu hören, dass hochgerechnet auf alle Wahlberechtigten sich lediglich 43 Prozent aktiv zu Ludwigsburg bekannt hätten. Es lag nun beim Gemeinderat, dieses Abstimmungsresultat zu deuten.

Um Entscheidungshilfe zu erhalten, begaben sich die Gemeinderäte auf Informationstour. Bei Besuchen der Kreisgremien in Ludwigsburg und Waiblingen wurde versucht herauszufinden, in welchem Kreis die Gemeinde besser aufgehoben wäre. Dabei spielte ganz wesentlich die Frage nach der Einrichtung von Außenstellen der Landratsämter eine Rolle. Während in Ludwigsburg keine Zusagen für eine Außenstelle in Marbach gemacht werden konnten, versicherte man in Waiblingen, dass es selbstverständlich künftig Außenstellen in Backnang geben werde. Für die Kirchberger Bürger würde sich somit bei einem erforderlichen Gang aufs Landratsamt eigentlich kaum etwas ändern. Der Gemeinderat beschloss daraufhin Mitte April 1971 mit Stimmenmehrheit, das Regierungskonzept zu akzeptieren und auf weitere Aktivitäten zu Gunsten eines Anschlusses an den Landkreis Ludwigsburg zu verzichten.

Der »Kampf« ums obere Bottwartal

Im Regierungsentwurf war vorgesehen, die Kreisgrenze zwischen den Kreisen Ludwigsburg und Heilbronn unverändert zu lassen. Für die Gemeinden im oberen Bottwartal hieß dies, dass sie wie seit 1938 auch künftig zu zwei verschiedenen Kreisen gehören sollten: Beilstein und Schmidhausen sowie Gronau mit Prevorst zum Kreis Heilbronn und Oberstenfeld zum Kreis Ludwigsburg. Dies wurde von vielen Seiten als unbefriedigend empfunden. Die bessere Lösung sei, die vier Gemeinden als Einheit zu betrachten und das ganze obere Bottwartal einem Landkreis zuzuordnen. Umstritten war allerdings, welcher Kreis dies sein sollte – und über diese Frage entzündeten sich monatelang heftige Diskussionen und Kontroversen.

Ausgelöst hatte sie zunächst der Bietigheimer Landtagsabgeordnete Claus Weyrosta, der schon im April 1970, als noch über das ursprüngliche Denkmodell der Landesregierung diskutiert wurde, nachdrücklich für eine Einbeziehung von Beilstein und Gronau in den künftigen Großkreis Ludwigsburg plädiert hatte – und zwar, so seine Begründung, weil diese Orte »heute bereits mehr nach Ludwigsburg als nach Heilbronn tendieren«. In Beilstein stieß diese Darstellung freilich umgehend auf energischen Widerspruch. Richtig sei vielmehr, so die wenige Tage später im städtischen Amtsblatt veröffentlichte Erklärung des Gemeinderats, dass sowohl die Stadt Beilstein selbst als auch die Gemeinden Gronau und Schmidhausen »zum Oberzentrum Heilbronn tendieren und nicht zum Unterzentrum Marbach oder Mittelzentrum Ludwigsburg«.

Neu entfacht wurde die Diskussion dann Anfang Oktober 1970 durch eine offizielle Stellungnahme des Landratsamts Heilbronn zum Landesentwicklungsplan. Die Zuordnung von Gronau und Schmidhausen zum Kleinzentrum Beilstein sei »richtig«, hieß es aus Heilbronn. Doch nicht nur dies: Auch eine Zuordnung von Oberstenfeld zum Verwaltungsraum Beilstein wäre »für die künftige Entwicklung vorteilhaft«. Es sei ohnehin zu erwarten, dass die Gemeinde Oberstenfeld sich »in Zukunft in ihren

sozialökonomischen Verflechtungen mehr als bisher auf das Oberzentrum Heilbronn ausrichten« werde. Daher müsse sie in den Kreis Heilbronn eingegliedert werden, wenn ein gemeinsamer Verwaltungsraum mit Beilstein, Gronau und Schmidhausen gebildet werden sollte.

Für Oberstenfeld waren diese Vorstellungen völlig indiskutabel. Sie seien, so Bürgermeister Manfred Läßle, reine Utopie und »ein Wunschtraum des Herrn Landrats von Heilbronn, der nie in Erfüllung gehen wird«. Denn es sei Tatsache, dass Oberstenfeld fast ausschließlich in Richtung Ludwigsburg-Stuttgart »orientiert ist und bleibt«. Dies ergebe sich schon aus der Topographie. Aber auch alle anderen Fakten, die für die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Landkreis von Bedeutung seien, würden eindeutig für Ludwigsburg sprechen, und überdies sei Oberstenfeld wirtschaftlich eindeutig mit dem Mittleren Neckarraum und nicht mit der Region Franken verflochten. Bürgermeister Läßle befürwortete zwar auch im Prinzip den Vorschlag, die vier Orte zu einem gemeinsamen Verwaltungsraum zusammenzufassen. Dies wäre ohne Zweifel, wie er am 19. Oktober in einer Sitzung des Ludwigsburger Kreisrats meinte, eine Ideallösung. Doch diese Verwaltungseinheit sei kaum durchführbar, weil Beilstein bei Heilbronn bleiben wolle. Dringend notwendig sei jedoch, Gronau dem Raum Ludwigsburg zuzuordnen. Denn Oberstenfeld wachse mit Gronau zusammen, und es sei undenkbar, dass nicht nur eine Kreisgrenze, sondern auch eine Grenze der neu zu bildenden Regionalverbände die beiden Orte trennen soll.

Sowohl Oberstenfeld als auch die Stadt Beilstein – und in ihrem Schlepptau auch Schmidhausen – hatten sich also eindeutig festgelegt. Für die angestrebte »große Lösung« gab es somit ganz offensichtlich keine Chance. Umso heftiger wurde aber um Gronau geworben, wobei man die unterschiedlichsten Argumente ins Feld führte. Die Stadt Beilstein verwies auf ihre Schulen, die auch von Schülern aus Gronau und Prevorst besucht wurden, und auf die Bedeutung der Gemeinden für den Fremdenverkehr. Ihr Bürgermeister Otto Rohn führte des Weiteren noch an, dass Heilbronn doch »wesentlich mehr zu bieten« hätte als die Kreisstadt Ludwigsburg. Oberstenfeld hob hingegen vor allem das Wirtschaftspotential der Region Mittlerer Neckar hervor und betonte die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gemeinden. Bürgermeister Läßle wies Mitte Oktober 1970 in einem Schreiben an seinen Gronauer Kollegen Heinz Heeger außerdem darauf hin, dass auch künftig die Stadt Heilbronn nicht zum Kreis Heilbronn gehöre. Der Kreis Heilbronn werde weiterhin lediglich aus kleineren Städten und Gemeinden bestehen und somit auch weiterhin erheblich geschwächt bleiben. Er werde niemals so finanzkräftig sein wie der Kreis Ludwigsburg.

Im gleichen Schreiben verdeutlichte Bürgermeister Läßle an einem ganz konkreten Beispiel, welche negative Folgen es haben könnte, wenn Oberstenfeld und Gronau zu unterschiedlichen Planungseinheiten gehören würden. Er hatte wenige Wochen zuvor beantragt, den Ausbau der Bottwartalstraße von Marbach bis Gronau in den Gebietsentwicklungsplan Mittlerer Neckarraum aufzunehmen. Da Gronau jedoch außerhalb des Planungsgebiets lag, hatte das Innenministerium nur die Aufnahme bis Oberstenfeld genehmigt. Bürgermeister Läßle schrieb dazu wörtlich: »Gronau müsste sich also beim Gebietsentwicklungsplan Franken um die Aufnahme der restlichen Bottwartalstraße bemühen, was sehr schwer sein wird, weil dort der kleine Rest des Bottwartals kaum Bedeutung erlangt. Der Ausbau der Bottwartalstraße von Oberstenfeld bis Gronau ist aber viel wichtiger als der vorgesehene Ausbau der Kreisstraße von Beilstein nach Gronau, da die Bottwartalstraße eine wesentlich stärkere Verkehrsdichte hat. Der Landrat von Heilbronn hat jedoch keinerlei Interesse am

Ausbau dieser Straße, da er befürchtet, dass dadurch Gronau noch stärker als bisher mit Oberstenfeld und dem Kreis Ludwigsburg verbunden wird. Nur beim Anschluss von Gronau an den Kreis Ludwigsburg kann erreicht werden, dass die Bottwartalstraße bis Gronau bald großzügig ausgebaut und mit Gehwegen versehen wird. Der Ausbau dieser Straße hat für die Entwicklung von Gronau große Bedeutung.«

Insgesamt gesehen waren die Oberstenfelder Argumente ohne Zweifel überzeugender, und eine Bürgerversammlung am 7. November in Gronau sprach sich daher einmütig gegen das Konzept der Landesregierung und für einen Anschluss an den Kreis Ludwigsburg aus. Bürgermeister Heeger hatte aktiv für dieses Votum geworben und dabei unter anderem betont, dass Gronau und Oberstenfeld vom Regionalverband Mittlerer Neckar mehr zu erwarten hätten als vom Regionalverband Franken. Wörtlich erklärte er noch: »Wir haben bisher immer die volle Unterstützung des Landkreises Heilbronn gehabt und müssen das dankbar anerkennen. Doch die Dankbarkeit darf jetzt nicht so weit gehen, dass wir uns jetzt in dieser für uns lebensnotwendigen Frage vielleicht falsch entscheiden.« Im Übrigen habe Beilstein in der Vergangenheit wenig Neigung gezeigt, sich enger mit den Nachbargemeinden zu arrangieren.

Nicht ganz so eindeutig wie in Gronau selbst war allerdings das Meinungsbild im Teilort Prevorst, wo am Tag zuvor ebenfalls eine Bürgerversammlung stattgefunden hatte: Man wollte zwar weiterhin zu Gronau gehören, aber auch im Kreis Heilbronn bleiben. Der Vorbehalt der Prevorster fiel jedoch unter den Tisch. Am 24. November 1970 beschloss der Gronauer Gemeinderat einstimmig, bei einem Scheitern der »Viererlösung« eine Verwaltungsgemeinschaft mit Oberstenfeld anzustreben und die Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg zu beantragen.

In Heilbronn war man ob dieser Entwicklung stark beunruhigt. Landrat Otto Widmaier sprach von einer »von Oberstenfeld her und einigen Parteigängern inszenierten massiven Werbekampagne und Stimmungsmache«. Mit einseitigen Argumenten werde versucht, der Bürgerschaft eine Umkreisung schmackhaft zu machen. Die bisherige Kreisgrenze sei richtig, der Landkreis Heilbronn werde sich gegen alle Versuche wenden, sie zu ändern. Insbesondere werde er diesen Bestrebungen energisch entgegenzutreten, wenn sie auf Prevorst »im Herzen des für Heilbronn wichtigen Erholungsgebiets« abzielen. Geradezu provokativ fügte Landrat Widmaier noch an, er bezweifle, ob der Kreis Ludwigsburg »gleiche Entwicklungsleistungen für das Gebiet Gronau-Beilstein bieten will oder kann, wie sie die Zentrale Heilbronn erbringt«.

Diese Aussage kam natürlich im Ludwigsburger Landratsamt alles andere als gut an. Hatte man sich dort bisher an die Maxime gehalten, nicht in Diskussionen um die sogenannte Feinabgrenzung, d. h. um die Zuordnung einzelner Gemeinden einzugreifen, so wurde jetzt unmissverständlich Stellung bezogen: Die topographische Zuordnung von Gronau und Oberstenfeld sei eindeutig, beide Gemeinden würden eine Verwaltungsgemeinschaft erwägen, eine Kreis- oder sogar Regionalgrenze würde hier, ließ Landrat Dr. Ulrich Hartmann seinen Heilbronner Kollegen wissen, »ernsten kommunalpolitischen Flurschaden anrichten«. Zudem gebe es keinen Grund, an der Leistungsfähigkeit des Landkreises Ludwigsburg zu zweifeln, der willens und in der Lage sei, »ihm eventuell neu zugeordnete Gemeinden gut zu versorgen«. Die Gronauer Bürger wüssten, dass solche Zweifel unberechtigt seien, denn sonst hätten sie sich in ihrer Bürgerversammlung wohl kaum für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg ausgesprochen. Und im Übrigen seien sich Gemeinderäte und Bürgermeister durchaus und »ohne Nachhilfeunterricht« darüber klar, mit welcher Nachbargemeinde sie zum Nutzen ihrer Einwohner am besten zusammenarbeiten könnten.

Trotz aller grundsätzlichen Differenzen in der Frage der Kreiszugehörigkeit gab es aber auch durchaus Zeichen gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Beilstein und Oberstenfeld. Zwar hatte Beilstein damals gerade erst ein gemeinsames Schulzentrum mit Oberstenfeld abgelehnt, doch der Bau eines gemeinsamen Freibads war beschlossene Sache und die Möglichkeiten für den Bau einer gemeinsamen Sporthalle neben dem Freibad wurden zumindest ernsthaft untersucht. Oberstenfeld, so betonte Bürgermeister Läßle Anfang 1971, sei auf jeden Fall an solchen Gemeinschaftseinrichtungen sehr interessiert, nicht zuletzt auch deshalb, weil man sie aus der eigenen Tasche kaum finanzieren könne. Kommunale Zusammenarbeit sei mehr denn je eine unumgängliche Notwendigkeit. Mit Gronau habe man deshalb bereits einen Nachbarschaftsausschuss zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten gegründet.

Eine völlig neue Situation ergab sich, als die Landesregierung am 21. Januar 1971 ihren auf der Grundlage des Anhörungsverfahrens formulierten endgültigen Gesetzentwurf vorstellte. Denn dieser ordnete nicht nur erwartungsgemäß und dem Antrag der Gemeinde entsprechend Gronau samt Prevorst jetzt dem Kreis Ludwigsburg zu, sondern darüber hinaus auch überraschenderweise Beilstein und Schmidhausen. Mit dieser Entscheidung hatte nach Lage der Dinge eigentlich niemand rechnen können. Landrat Dr. Hartmann feierte sie als eine »sachgerechte Lösung«, während sein Heilbronner Kollege es im Blick auf Beilstein, Schmidhausen und Prevorst bedauerte, dass dem Willen der Bevölkerung nicht stattgegeben worden sei. In Oberstenfeld und Gronau wurde die Entscheidung natürlich einhellig begrüßt, zumal sich dadurch wieder eine Chance zur Realisierung der angestrebten »Viererlösung« eröffnete. Bürgermeister Heeger zeigt sich fest davon überzeugt, dass die Entscheidung von allen Partnern akzeptierte werde, denn jetzt sei der Weg frei »für eine optimale Entwicklung unseres Raumes, welche letzten Endes dem Wohle aller Gemeinden und deren Einwohner dient«.

Doch mit dieser Einschätzung hatte er sich gewaltig getäuscht. Denn in Beilstein und Schmidhausen wollte man von einer Zuordnung nach Ludwigsburg keinesfalls etwas wissen. Sofort nach Bekanntwerden des neuen Entwurfs ging eine Welle der Entrüstung durch beide Orte und kam es mehrfach zu Aktionen des Zorns in verschiedenen Bevölkerungskreisen. Eine umgehend gegründete Bürgerinitiative kündigte massive Proteste an, und in eiligst einberufenen Bürgerversammlungen kam es zu hitzigen Diskussionen, die teilweise von falschen Behauptungen, Diffamierungen und persönlichen Angriffen geprägt waren. Selbstgefertigte Plakate, die hier wie dort zu sehen waren, brachten die unterschiedlichen Standpunkte auf einen einfachen Nenner: Während in Beilstein gefragt wurde: »Warum darf Beilstein nicht im Kreis Heilbronn bleiben?« und »Wer hat Beilstein verschaukelt?«, hieß es in Oberstenfeld: »Das Bottwartal den Bottwartälern« oder »Bottwartal nicht ins Unterländer Armenhaus«.

Der Landkreis Heilbronn unterstützte den Protest der Beilsteiner. Landrat Widmaier ließ die auf den 2. Februar terminierte Sitzung des Kreistags demonstrativ in Beilstein abhalten. Die Gegner des Regierungsentwurfs begründeten ihre Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis, dass die Entscheidung der Regierung auf eklatante Weise den Willen der Bevölkerung missachte. Um dies zu untermauern, sollten in Beilstein, Schmidhausen und Gronau nochmals Bürgerbefragungen durchgeführt werden. Ob Zufall oder nicht: Ausgerechnet in der Sitzung am 2. Februar in Beilstein hat der Heilbronner Kreistag beschlossen, noch im laufenden Jahr die Kreisstraße zwischen Beilstein und Gronau für 1,8 Millionen Mark auszubauen.

Der Ludwigsburger Landrat Dr. Hartmann nahm die Herausforderung an und warb nunmehr seinerseits aktiv um Beilstein. Er zeigte Verständnis für die Sorge der Beilsteiner, im neuen Kreis Ludwigsburg etwas an den Rand gedrückt zu werden. Doch im gleichen Atemzug wies er solche Befürchtungen schon im Hinblick auf die schulischen Verhältnisse und die gegebenen Verkehrsbeziehungen als völlig unbegründet zurück. In den nächsten 20 Jahren, so meinte der Landrat weiter, werde man wohl kaum noch von den Ortseinheiten Beilstein oder Oberstenfeld sprechen, sondern nur noch das Bottwartal als neues Zentrum sehen. Das Bottwartal werde in den kommenden Jahren auch stark aufgewertet werden und als erstes eine belastungsfähige Straßenverbindung erhalten. Dazu gehöre letztlich auch die Querverbindung der Autobahn, wobei man Sorge tragen müsse, dass hier die richtigen Anschlüsse gesetzt werden.

Landrat Dr. Hartmann wies auch nachdrücklich auf die hohe Wirtschafts- und Finanzkraft der Region Mittlerer Neckar hin und auf die Vorteile, die eine Zugehörigkeit zu dieser Region zu bieten habe. Namentlich hob er hervor, dass diese Region schon heute an einem erheblichen Mangel von Arbeits-, Wohn- und Erholungsplätzen leide und Aussiedlungsmöglichkeiten für Gewerbe und Industrie suche. Das gesamte Bottwartal stelle topographisch einen natürlichen Auslauf für die Wachstumsbestrebungen dieses Wirtschaftsraumes dar. Dementsprechend würden dann auch zwangsläufig die erheblichen Finanzreserven dieses Raumes für die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen wie Verkehrserschließung oder Naherholungseinrichtungen eingesetzt werden. Demgegenüber werde sich der künftige Landkreis Heilbronn und die Region Franken mit voller Kraft ausgesprochen strukturschwachen Gebieten – zum Beispiel Hohenlohe – widmen müssen. Geographisch und topographisch würde das obere Bottwartal in dieser Region im Schattenwinkel liegen. In Beilstein und Schmidhausen müsse man sich einfach mal die Konsequenzen klar machen, die sich aus einer Zugehörigkeit zur Region Mittlerer Neckar oder zur Region Franken ergeben.

Aus Beilstein war gefordert worden, auch in Oberstenfeld die Bürger nach ihrer Meinung zu befragen. Nach Aussage von Bürgermeister Läßle war dies jedoch völlig überflüssig, da die Kreiszugehörigkeit von Oberstenfeld ja niemals zur Debatte gestanden hatte. Den Sinn einer Bürgerbefragung würde daher niemand im Ort begreifen. Kritisiert wurde von Oberstenfelder Seite auch ausdrücklich der Wortlaut der Fragestellung, mit der man die Bürger bei der Abstimmung in Beilstein und Schmidhausen konfrontierte: »Sind Sie für eine Zusammenarbeit der Gemeinden Beilstein, Gronau, Oberstenfeld und Schmidhausen a) im Kreis Heilbronn oder b) im Kreis Ludwigsburg?« Dieser Wortlaut suggeriere, dass die Viererlösung – also die Zusammenfassung der vier Orte in einem Verwaltungsraum – auch im Kreis Heilbronn möglich sei. Dies gehe aber völlig an der Realität vorbei. Denn, so wurde Bürgermeister Läßle in der »Ludwigsburger Kreiszeitung« zitiert, »eine Kreisgrenze zwischen Großbottwar und Hof und Lembach einerseits und Oberstenfeld andererseits wäre Unsinn sowie noch viel schwerwiegender und kommunalpolitisch schädlicher als die bestehende Kreisgrenze zwischen Beilstein und Oberstenfeld«. Zu einer großen Lösung im Bottwartal sei unbedingt eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden von Beilstein bis Großbottwar erforderlich. Sie sei deshalb nur erreichbar, wenn alle Gemeinden im Bottwartal zum Kreis Ludwigsburg und zur Region Mittlerer Neckar gehören. Eine Abstimmung für eine Viererlösung im Kreis Heilbronn sei daher zwangsläufig eine Absage an die große Lösung einer Zusammenarbeit aller Gemeinden im Bottwartal.

In Gronau wurde dieser Einwand prompt aufgegriffen. Auf Vorschlag von Bürgermeister Heeger beschloss der Gemeinderat einstimmig, die in Beilstein und Schmidhausen vorgesehene Fragestellung nicht zu verwenden. Stattdessen wurden die Gronauer Bürger ganz einfach gefragt: »Sind Sie mit der Entscheidung der Landesregierung einverstanden?«, wobei sie auf dem Stimmzettel die Entscheidung der Regierung vom 21. Januar nochmals nachlesen konnten.

Die Einmütigkeit des Gemeinderats spiegelte sich freilich nicht im gleichen Maße im Meinungsbild der Bürgerschaft wider. Auch in Gronau mehrten sich die Stimmen gegen eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg. So berichtete die »Ludwigsburger Kreiszeitung« wenige Tage vor der Bürgerbefragung, dass »eine Gruppe von Gronauer und Prevorster Aktivisten« schon seit Wochen die Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen suche, für die weitere Zugehörigkeit Gronaus und des gesamten oberen Bottwartals zum Kreis Heilbronn zu plädieren. Laut dem Bericht der Zeitung verteilte die Gruppe Flugblätter, auf denen unter anderem zu lesen war: »1.) Bei einer Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg müssen die Autonummern geändert werden. 2.) Die Haftpflichtversicherung wird teurer. 3.) Der größte Teil der Bevölkerung hat die »Heilbronner Stimme« abonniert. 4.) Heilbronn ist als Einkaufszentrum attraktiver. 5.) Die Behördenstellen sind in Heilbronn konzentriert, während sie in Ludwigsburg weit verstreut sind – so beispielsweise die AOK in Bietigheim, die Handwerkskammer in Stuttgart, das Wasserwirtschaftsamt in Besigheim. 6.) Bei Baugesuchen muss man bis nach Ludwigsburg fahren.«

Bürgermeister Heeger erklärte zu diesen Punkten: 1.) Nach Auskunft des Innenministeriums würden die Autonummern noch mindestens zwei Jahre so belassen. 2.) Die Haftpflichtversicherung erhöhe sich minimal, bei landwirtschaftlichen Fahrzeugen überhaupt nicht. 3.) Das Abonnement einer Zeitung könne wohl kaum ein Hinderungsgrund für die Verwirklichung einer Kreisreform sein. 4.) Auch nach einer Umkreisung nach Ludwigsburg stehe es jedem Gronauer frei, zum Einkaufen nach Heilbronn zu fahren. 5.) Müsse sich jeder Bürger einmal fragen, wie oft er persönlich im Jahr das Landratsamt besuchen müsse, wie oft er in seinem Leben überhaupt im Wasserwirtschaftsamt gewesen sei oder wie oft er die Handwerkskammer konsultieren müsse. 6.) Bei Baugesuchen könne man einem Bürger durchaus zumuten, statt der 22 Kilometer nach Heilbronn auch die 24 Kilometer nach Ludwigsburg zu fahren.

Im Vorfeld der Bürgerbefragungen wurden die Diskussionen immer hitziger und auch immer emotionaler. Im Für und Wider fehlte kaum ein Argument. So war etwa einem Leserbrief aus Beilstein zu entnehmen, dass man die enge Verflechtung mit Heilbronn allein schon an der Telefonrechnung ablesen könne: Aus dem Ortsnetz Beilstein, zu dem ja auch Oberstenfeld gehöre, koste ein Ferngespräch nach Ludwigsburg das Dreifache eines Gesprächs nach Heilbronn. In einem Artikel in den sonst eher zurückhaltenden »Stuttgarter Nachrichten« war sogar von einem »Sturm im Bottwartal« die Rede.

Die unterschiedlichen Auffassungen prallten nochmals hart aufeinander bei einer kommunalpolitischen Versammlung am 4. Februar, zu der der Oberstenfelder Gemeinderat in die Gemeindehalle eingeladen hatte. Nach einem zwei Tage später in der »Stuttgarter Zeitung« veröffentlichten Bericht war es eine Veranstaltung in einer von Anfang an spannungsgeladenen Atmosphäre, bei der dreieinhalb Stunden lang Emotionen und Polemik die Szene beherrschten. Beide Parteien schenkten sich nichts. Landrat Dr. Hartmann kritisierte in scharfer Form die unsachlichen Angriffe aus Heilbronn, die allmählich den Eindruck erwecken würden, als drohe den drei Orten bei einer Zuordnung

zum Kreis Ludwigsburg eine »Umgemeindung ins Land der Hottentotten«. Und Bürgermeister Läßle rief den rund 700 Versammlungsteilnehmern zu: »Wer die jetzt gebotene Chance nützt, dient dem Fortschritt und der Aufwärtsentwicklung unserer Gemeinden – wer sie versäumt, ist und bleibt ein Hinterwäldler.«

Ein Journalist der »Ludwigsburger Kreiszeitung« kommentierte das Ganze schließlich wie folgt: »Bei soviel einleuchtenden Argumenten muss es der Bevölkerung langsam klar werden, dass Kreisgrenzen keine normalen Verwaltungsgrenzen sind und regionale Verwaltungsgrenzen schon gar nicht. Es ist, als würde in Kürze zwischen dem Kreis Heilbronn und dem Kreis Ludwigsburg eine Chinesische Mauer gezogen.«

Das Ergebnis der Bürgerbefragungen, die in allen drei Orten zeitgleich am 7. März durchgeführt wurden, brachte keine Überraschungen. Bei jeweils sehr hoher Wahlbeteiligung haben in Beilstein und Schmidhausen 93 bzw. 88 Prozent für einen Verbleib im Kreis Heilbronn votiert, während in Gronau 71 Prozent und in Prevorst 29 Prozent und somit in der Gesamtgemeinde Gronau 57 Prozent für den Regierungsentwurf stimmten.

Gestützt auf diese Ergebnisse des Plebiszits stellte der Heilbronner Landtagsabgeordnete Günter Erlewein in dem zur Vorberatung des Kreisreformgesetzes eingesetzten Sonderausschuss des Landtags den Antrag, Beilstein, Schmidhausen und Prevorst im Kreis Heilbronn zu belassen, was aber der Ausschuss Mitte März mit knapper Mehrheit ablehnte. Doch der Heilbronner Abgeordnete – zugleich auch Sprecher der SPD-Fraktion im Sonderausschuss – gab nicht auf und wollte wenigstens Prevorst für den Kreis Heilbronn retten. Sein neuer Vorschlag lautete, Prevorst mit dem benachbarten Beilsteiner Teilort Stocksberg in die Stadt Löwenstein einzugliedern. Bei den Prevorster Bürgern stieß er damit allerdings auf wenig Gegenliebe: In einer erneuten Bürgerbefragung stimmten lediglich fünf Prozent diesem Vorschlag zu, 95 Prozent sprachen sich hingegen für die Alternative aus, und die hieß: Verbleib Prevorsts bei Gronau und damit Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg.

Die Würfel schienen endgültig gefallen zu sein, auch wenn der Heilbronner Kreistag in einer Petition an den Landtag nochmals mit Nachdruck forderte, Beilstein und Schmidhausen im Kreis Heilbronn zu belassen. In seiner Begründung führte der Kreistag unter anderem an, beide Gemeinden würden nicht nur »aus raumordnerischer Sicht«, sondern auch »ihrer geschichtlichen Entwicklung nach« zum Landkreis Heilbronn gehören. Zum letzteren Argument war aus Ludwigsburg zu hören, die Heilbronner Kollegen würden offenbar nicht einmal mehr vor dem Mittel der Geschichtsklitterung zurückschrecken. Denn historische Tatsache sei, dass beide Orte bis 1938 zum Oberamt Marbach gehörten und Beilstein sich seinerzeit gegen die Zuordnung nach Heilbronn heftig zur Wehr gesetzt habe.

Unterstützung gab es für die Ludwigsburg-Gegner von unerwarteter Seite – und ausgerechnet aus dem Kreis Ludwigsburg, konkret: in der Person des Bietigheimer Landtagsabgeordneten Lothar Späth. Wie Erlewein gehörte auch Späth zu den insgesamt 25 Mitgliedern des Sonderausschusses, und er hatte einst als Schüler eine Zeit lang die Oberschule in Beilstein besucht und als junger Verwaltungskandidat erste berufliche Erfahrungen auf dem Rathaus von Schmidhausen gesammelt. Späth war auf Einladung von Amtsverweser Paul Stadel Mitte April nach Schmidhausen gekommen und konnte sich dabei unmittelbar vor Ort selbst ein Bild machen. Nach seinem Besuch erklärte er: »Ich halte eine Zuordnung Beilsteins und Schmidhausens zum Kreis Heilbronn nach wie vor für sachlich nicht richtig. Aber einem so starken Willen der betroffenen Bürgerschaft werde ich mich als Demokrat nicht widersetzen.«

Die Entscheidung über die künftige Kreiszugehörigkeit der Orte im oberen Bottwartal hatte letztlich der Landtag zu treffen, der das Thema am 8. Juli 1971 im Rahmen der zweiten Lesung des Kreisreformgesetzes beriet. Heraus kam gewissermaßen ein Kompromiss: Beilstein und Schmidhausen wurden beim Kreis Heilbronn belassen, Gronau mit Prevorst dem Kreis Ludwigsburg zugeordnet. Damit hatte sich der Landtag für eine Lösung entschieden, die zwar in den Augen der »Planer« und Befürworter der »Viererlösung« zu bedauern war, aber doch dem erklärten Willen der jeweiligen Einwohnerschaft entsprach.

Quellen und Literatur

Kreisarchiv Ludwigsburg

Az. 006.3 (Kreisreform)

L 70 (Kreistagsprotokolle des Landkreises Ludwigsburg)

Thomas Bauser und Paul Hild: Das Ortsbuch von Rielingshausen, Ludwigsburg 1973.

Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach 1996.

Paul Sauer: Affalterbach 972–1997. Weg und Schicksal einer Gemeinde in 1025 Jahren, Stuttgart 1997.